



Wilmer Gutiérrez zeigt ein Bild von sich und Sohn Merwil. Er weiß nicht, ob sie sich je wiedersehen

FOTOS: CHRISTIAN MONTERROSA, DPA



Aus den USA deportierte Männer werden im Hochsicherheitsgefängnis in El Salvador vorgeführt

AUSLAND

„DONALD TRUMP HAT MEINEN SOHN ENTFÜHRT“

Mitte März wurde Merwil Gutiérrez willkürlich in New York verhaftet und nach El Salvador abgeschoben. Besuch bei seinem Vater, der seitdem den amerikanischen Albtraum lebt

Von Jan Christoph Wiechmann (Text) und Anuschka Tomat (Recherche); Fotos: Christian Monterrosa

E

Er war plötzlich weg. Wie vom Erdboden verschluckt. Kein Anruf. Keine Nachricht. Kein Zettel. Er hatte keine Probleme, keinen Liebeskummer, keine Schulden. Er hatte einen Job in einem Warenlager am Flughafen, so wie sein Vater. Er hatte ein Zimmer in der Bronx, das er sich mit ihm teilte. Er hatte viele Träume, von einem Auto, einem Tiktok-Kanal, einer Freundin – was 19-Jährige so träumen. Doch auf einmal war Merwil Gutiérrez nicht mehr da, am 24. Februar 2025, einem kalten, sonnigen Tag in New York City.

„Es war so, als sei er entführt worden“, sagt sein Vater Wilmer Gutiérrez.

Der Vater wartete und wartete, und erst spät in der Nacht kam die Nachricht seines Neffen Luis: „Mehrere Männer haben Merwil festgenommen. Ich habe es vom Treppenhaus aus beobachtet.“

Was für Männer? „Uniformierte. Schwer bewaffnet. Mindestens zehn. Sie haben die ganze Straße abgesperrt. Es war eine Razzia, ein Einsatz wie aus dem Antiterrorkampf. Die Polizisten suchten nach einem Angel. Merwil sagte, das sei er nicht. Sie führten ihn trotzdem ab.“

Eine Verwechslung, glaubte sein Vater. Das wird sich schnell aufklären. Dies sei doch Amerika, dachte er. In einem Schurkenstaat wie Venezuela, seinem Heimatland, konnte es passieren, dass Polizisten dich unter fadenscheinigen Gründen festnehmen. Aber nicht hier, in einem Rechtsstaat, in der ältesten Demokratie der Welt.

Wilmer, 40, machte sich auf die Suche nach seinem Sohn. Ging von Polizeirevier zu Polizeirevier in der Bronx, doch die Antwort lautete stets: Einen Merwil Gutiérrez haben wir hier nicht. Schließlich, im Revier 52, eine halbe Stunde Fußmarsch entfernt, hieß es: Der war kurz hier. ICE-Leute haben ihn mitgenommen, Beamte der US-Grenzschutzbehörde.

Da fragte sich Wilmer erstmals, ob die Trump-Regierung hinter der Razzia stecken könnte. Der US-Präsident hatte groß verkündet, dass er Millionen Migranten abschieben



Bei einer Rede Ende April in Michigan ließ US-Präsident Trump Fotos von Inhaftierten einblenden, die im Gefängnis in El Salvador einsitzen

werde. Aber sein Sohn war keiner der „Illegalen“, wie Trump sie nennt.

Wilmer Gutiérrez und sein Sohn Merwil waren legal in die USA eingereist, 20 Monate zuvor, am 21. Juni 2023. Sie hatten Venezuela wegen der Perspektivlosigkeit und der Schikanen der Maduro-Regierung verlassen. Sie hatten sich durch Kolumbien durchgeschlagen, durch Panama, Guatemala, Mexiko, mehr als 5000 Kilometer, bis nach Juárez an der Grenze zu Texas. Dort hatten sie über die App der US-Grenzbehörden einen Einreisetermin bekommen und in El Paso legal die Grenze übertreten. Die Behörden gewährten ihnen Aufenthalt im Rahmen des Programms TPS, einem temporären Schutzprogramm für Migranten aus bestimmten Ländern – etwa Venezuela, Haiti, Afghanistan –, die in der Heimat besonderen Gefahren ausgesetzt sind.

Von El Paso zogen sie weiter nach Denver und schließlich mit dem Bus nach New York, in die Stadt ihrer Träume. Der Ge-

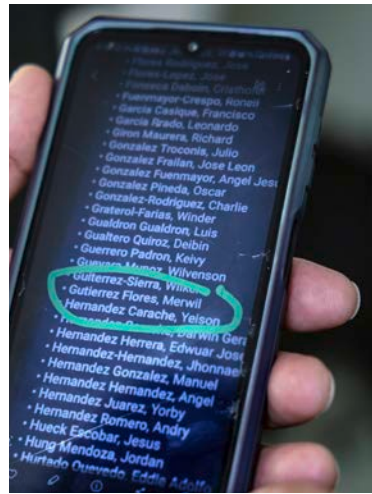
richtstermin zur Prüfung ihres Asylgesuchs wurde auf den 1. Februar 2027 gelegt. Bis dahin durften sie leben und arbeiten, wo sie wollten. Amerika reichte ihnen die Hand. Sie waren dankbar.

Es ist Anfang Mai. Gut zwei Monate sind vergangen seit Merwils Verschwinden. Seit sechs Wochen hat sein Vater kein Lebenszeichen von ihm. Wilmer sitzt in der Küche seiner Wohnung an der befahrenen University Avenue in der Bronx, die Baseballkappe tief im Gesicht, um ihn herum stehen andere Venezolaner und kochen. Sie leben hier zu zwölft auf 110 Quadratmetern, Geflüchtete, die ihre ersten Schritte in Amerika machen. Aus den Zimmern ertönen Rumbaklänge und Reggaeton, der Geruch frittiertter Arepas steigt von der Straße herauf, es ist eine Latinogegend.

Wilmer fängt an zu erzählen, schnell und angespannt, als durchlebte er alles noch mal. Außer sich vor Sorge sei er nach Merwils Verschwinden von Gericht

FOTOS: REUTERS/EVELYN HOCKSTEIN; CHRISTIAN MONTERROSA

US-RICHTER LEGTEN EINSPRUCH GEGEN TRUMPS ABSCHIEBEPOLITIK EIN



Auf einer im Internet kursierenden Liste der Deportierten fand Wilmer Gutiérrez auch den Namen seines Jungen (grün umkreist)

zu Gericht gezogen, nachdem er von der Polizei keine Auskunft bekommen hatte. Ohne Erfolg. Vier Tage später erst kam der erlösende Anruf: „Ich bin in Pennsylvania, Papa, in einem Gefängnis mit anderen Latinos. Sie sagen, dass sie uns nach Texas bringen.“

Texas, dachte Wilmer. Dann bereiteten sie bestimmt die Deportation vor. Er hatte Angst um seinen Sohn, einen sensiblen Jungen, der bisher keinerlei Berührung mit der Polizei oder gar Gefängnissen hatte. „Sie werden dich womöglich nach Venezuela abschieben“, sagte er.

„Aber wir sind doch legal hier, Papa.“ Merwil klang verängstigt.

Wilmer hörte danach noch einmal von seinem Sohn, aus Texas, am 14. März. „Ich bin nervös, Papa, sie bringen uns irgendwohin.“ Merwil erzählte noch, dass er gut versorgt werde, dass er aber keinerlei Informationen erhalte, weder über den Grund der Festnahme noch über seine juristischen Möglichkeiten.

Tage später zirkulierte im Internet eine Liste mit den Namen von 238 Männern, welche die USA am 15. März in das Hochsicherheitsgefängnis Cecot nach El Salvador ausgeliefert hatte. Darunter, zwischen den Namen Guterrez-Sierra und Hernandez Carache, der Name: Gutierrez Flores, Merwil.

Nach Angaben der Trump-Regierung handelte es sich bei Merwil und den meisten anderen der Deportierten um Mitglieder der venezolanischen Straßengang Tren de Aragua. Um sie ohne Verfahren abschieben zu können, bediente sich Trump eines uralten Kriegsgesetzes, des „Alien Enemies Act“ von 1798, das zuletzt im Zweiten Weltkrieg angewandt worden war.

Trump behauptete, bei den 238 Männern handele es sich um eine „Invasion feindlicher Truppen“, die die „nationale Sicherheit bedrohten“. Die Argumentation ist so abenteuerlich, dass nicht nur US-Geheimdienste widersprachen und Richter Einspruch einlegten, sondern dass selbst der mehrheitlich konservativ besetzte Supreme Court die Deportationen am 19. April vorübergehend blockierte. Für die 238 Männer kam diese Blockade zu spät.

Wilmer sah die Bilder der Männer im Fernsehen. Sie wurden in El Salvador gewaltsam von maskierten Wärtern in einem Innenhof vorgeführt, die Hände und Füße in Ketten, die Schädel rasiert. Er meinte auch seinen Sohn zu erkennen. „Sie wurden wie Tiere behandelt, auf dem Weg zum Schlachthof. Sie wurden erniedrigt, wie Trophäen präsentiert. Es sind gleich mehrere Verstöße gegen Menschenrechte.“

Wilmer kommen die Tränen, wie häufiger im Gespräch. Es sind Tränen der Angst, der Wut, der Verbitterung. „Was kann ich noch tun?“, fragt er.

Unter den Deportierten sind zahlreiche Familienväter. Rund 75 Prozent der Venezolaner sind nach Recherchen des TV-Senders CBS nie straffällig geworden. Einige sollen von den US-Grenzschutzbehörden nur aufgrund von Tattoos festgenommen worden sein, die ihre Gangmitgliedschaft belegen sollen. Kein Einziger bekam die Gelegenheit, vor einem US-Gericht seine Unschuld zu beweisen. Es ist das augenscheinlichste Beispiel unter vielen: Donald Trump ist dabei, den Rechtsstaat außer Kraft zu setzen. „Mein Sohn hat nicht mal ein Tattoo“, sagt Wilmer. „Er hat nie etwas ausgefressen, auch in Venezuela nicht, er ist ein folgsamer Sohn, fleißig, höflich.“

Wilmer blickt auf die Gefangenenfotos im Internet, als suche er nach Anzeichen für Merwils Zustand. Er hält den Gedanken nicht aus: sein empfindsamer Sohn zwischen Schwerverbrechern und Terroristen. Er mag sich nicht vorstellen, was die Verbrecher dort mit ihm anstellen, an einem Ort, den er „Konzentrationslager“ nennt.

Er steht auf und sagt: „Donald Trump hat meinen Sohn entführt. Es ist Kidnapping, nichts anderes. Es ist Menschenhandel. Ein Millionengeschäft zwischen den USA und El Salvador.“

Das Zentrum zur Eindämmung des Terrorismus (Cecot) ist das wohl berühmteste Hochsicherheitsgefängnis Lateinamerikas. Der „tropische Gulag“ wurde von ►

El Salvadors Präsident Nayib Bukele vor zwei Jahren eröffnet und bietet Platz für 40 000 Insassen. Vor allem Mitglieder der Straßengangs MS-13 und Barrio 18 sitzen hier ein, bis zu 80 Insassen in einer Zelle. Lebenslang sollen sie hier verwahrt werden, an einem Ort, den der Leiter der Organisation Human Rights Watch, Juan Papier, „Guantánamo auf Steroiden“ nennt.

Präsident Bukele sendet mit seinem Megaknast zwei Botschaften: Wenn ihr euch einer Straßengang anschließt, werdet ihr irgendwann hier landen. Und an sein Volk: Ich räume gnadenlos auf. Der selbst ernannte „coolste Diktator der Welt“ trifft damit die Stimmung im Land. Jahrelang hatten die Gangs die Macht. Sie erpressten Schutzgelder von Bäckern, Busfahrern, Imbissbesitzern, sie zwangsrekrutierten Teenager und vergewaltigten Mädchen. Sie töteten jeden, der es wagte, Verwandte in einem Viertel zu besuchen, das von der anderen Gang kontrolliert wurde.

Es war ein Terrorregime der furchtbaren Art, der Schrei nach Befreiung entsprechend groß. Bukeles rigoroses Aufräumen erklärt, dass er 2024 mit über 80 Prozent wiedergewählt wurde, obwohl er Menschenrechte mit Füßen tritt und Oppositionelle drangsaliert. Aber die Sicherheit ist zurückgekehrt nach El Salvador.

Beim Besuch im Weißen Haus kürzlich präsentierte sich Bukele als Trumps Bruder im Geiste und dessen Schoßhund zugleich, als Menschenhändler, der liebend gern Millionen annimmt, um den USA bei ihrem Problem mit der Migration zu helfen.

Auch Trump operiert nach dem Motto: Sicherheit zuerst. Den Menschen ist es egal, wie sie zustande kommt. Je härter das Vorgehen, desto größer die Abschreckung. Den Aufschrei mancher Bürger und Menschenrechtler nimmt er in Kauf.

Doch in den USA regt sich zunehmend Widerstand. Trumps Umfragewerte fallen. Nur ein Drittel der Amerikaner hält es für richtig, Migranten zu entführen und nach El Salvador abzuschicken; 51 Prozent lehnen seinen harten Kurs ab.

Auch die Familien der Entführten machen das rechtswidrige Verschwinden ihrer Angehörigen publik. Kilmar Abrego Garcia, dem von US-Richtern Abschiebeschutz gewährt worden war, ist Vater eines autistischen fünfjährigen Sohnes.

Andry Hernández Romero ist ein verfolgter Homosexueller, der wegen eines Tattoos deportiert wurde, einer Krone. Sie

zeigt aber nicht die Zugehörigkeit zu einer Gang an, wie die Trump-Regierung behauptet, sondern ist seinen Eltern gewidmet.

Merwil Gutiérrez ist ein 19-jähriger Mustersohn, der mit einem Mann namens Angel verwechselt wurde. Man stelle sich vor, Venezuela hätte 238 Amerikaner entführt. Die USA hätten das Militär geschickt.

Die ersten Richter fordern die Rückkehr der Deportierten und ein rechtsstaatliches Verfahren. Aber Trump setzt sich über die Justiz hinweg und löst damit eine Verfassungskrise aus. Er bläst sogar zum Gegenangriff gegen „aktivistische Richter“ und stellt infrage, ob er sich noch an die Verfassung halten müsse: „Ich weiß nicht“, antwortete er lapidar auf die Frage.

Wilmer Gutiérrez
in seiner
Unterkunft



„EIN LAND, DAS SOLCHE TATEN AKZEPTIERT, IST TOT“

In Wahrheit sind Amerikas Richter gerade so etwas wie die letzte Bastion des Widerstands gegen Trumps autokratische Eskapaden. „Ich hätte das nie für möglich gehalten“, sagt Wilmer Gutiérrez. „Wie kann ein Rechtsstaat, eine Demokratie, so schnell in sich zusammenbrechen?“

Er zeigt Fotos aus glücklichen Zeiten in Amerika: Vater und Sohn auf der Brooklyn Bridge. Bei der Einreise in Texas. Mit Arbeitskollegen bei der Nachtschicht im Warenlager. Sie sortierten dort Produkte aus China, die am Flughafen JFK ankamen. 140 Dollar verdienten sie pro Tag. „Wir waren unzertrennlich“, sagt Wilmer. „Wir haben immer gearbeitet. Geschlafen

und gearbeitet. Das Geld haben wir an meine krebserkrankte Mutter und meine Töchter in Venezuela geschickt, Merwils Schwestern. Meine Frau ist früh gestorben.“ Ihm kommen wieder Tränen, aber dann sagt er: „Ich will nicht weinen. Ich will kämpfen.“ Er ist ein kräftiger Kerl, die Hände muskulös, das Kreuz breit, ein Körper gestählt von harter Arbeit.

Seit gut 60 Tagen hat Wilmer inzwischen nichts mehr gehört. Kein Anruf. Keine Nachricht. Er hat einen Anwalt eingeschaltet, der in El Salvador aber nicht weiterkommt. „Alle Insassen dort im Knast sitzen für den Rest ihres Lebens. Merwil wird da sterben, wenn nichts passiert“, sagt Wilmer.

Hat er keine Angst, dass auch er festgenommen wird? „Wofür sollen sie mich festnehmen? Dass ich ein Vater bin, der Todesangst um seinen Sohn hat?“ Er zeigt auf die Venezolaner in der Küche. „Alle hier haben Angst. Alle sind traumatisiert.“ Sie gehen nun schneller, blicken sich um, halten Ausschau nach uniformierten Beamten, bevor sie die Wohnung verlassen.

Tatsächlich führt die US-Grenzschutzbehörde inzwischen Großrazzien durch. Sie geht in Schulen, Kirchen, Krankenhäuser, verschafft sich Zugang zu bisher geschützten Datenbanken. Sie nimmt Hunderte Menschen auf einmal fest, wie kürzlich in Florida. Je grausamer und öffentlichkeitswirksamer, desto besser. Dann wird es kein Migrant mehr wagen herzukommen, so das Kalkül. Außer jenen, die Trump explizit will, die er mit seiner sogenannten Gold Card locken will. Sie kostet fünf Millionen Dollar, ermöglicht Einwanderern aber den dauerhaften Aufenthalt.

„Ich warte nur auf ein Ende dieses Albtraums“, sagt Wilmer Gutiérrez. „Und dann nichts wie weg aus Amerika. Ein Land, das solche Taten verübt und akzeptiert, ist tot. Unser amerikanischer Traum ist längst zerstört. Ich glaube, es gibt ihn gar nicht mehr, diesen American Dream.“

Trump will, dass sie alle desillusioniert aufgeben, so wie Wilmer Gutiérrez. „Aber ohne meinen Sohn gehe ich nicht“, sagt der. „Diesen Kampf führe ich bis zum Ende. Auch gegen einen Tyrannen.“ ✨



Jan Christoph Wiechmann und Anuschka Tomat arbeiten seit mehr als 20 Jahren

zu Migration in den USA. Nie erlebten sie die Politik als so brutal wie derzeit unter Trump. Christian Monterrosa fotografierte